Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.56 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 52. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 3. März 1931. | 13. Jahrgang.

Ob durch Blumen, ob durch Dorngehege:
Laß dich leiten von des Höchsten Hand;
Geh mit Gott; wie dunkel seine Wege; —
Alle führen sie ins Vaterland.

Gerok.

Der Kampf um das Konkordat in Preußen.

Man mag darüber verschiedener Meinung sein, ob es zweckdienlich war, die Verhandlungen über das Konkordat in strengster Abgeschlossenheit vor der Oeffentlichkeit hinter verriegelten Türen zu führen. Daß die preußische Regierung ein Interesse an solcher Verhandlungsmethode hat, steht zwar durchaus in Widerspruch zu ihren sonst so gerühmten demokratischen Grundsätzen, ist aber sehr begreiflich, wenn man bedenkt, daß es bei diesen Verhandlungen um Dinge geht, die geeignet sind, weite Kreise der Bevölkerung zu erregen, indem ihr schlagende Beispiele für die rein parteipolitisch-geschäftliche Auffassung dieser Frage durch die preußische Regierung gegeben werden. Das Versprechen des Ministerpräsidenten Braun, daß auch die evangelische Kirche unverzüglich ein Konkordat erhalten solle, hat sich ja längst als völlig wertlos erwiesen. Nicht ganz verständlich muß jedoch das Verhalten der maßgebenden evangelischen Kirchenbehörden erscheinen, die entgegen allen Enttäuschungen und Zurücksetzungen immer noch glauben, durch Loyalität ihr Recht in Preußen zu finden, und die ihr Kirchenvolk noch eifriger vor dem geringsten Wissen um den Stand der Verhandlungen schützen als der staatliche Verhandlungspartner, der immer Wege findet, ihm genehme Mitteilungen über den Fortgang der Konkordatsbesprechung durch die befreundete Presse publik zu machen. Die Oberhäupter der evangelischen Kirche verzichten auch heute noch bewußt auf die Energien, die gerade an diesem Stoffe an dem protestantischen Teile der Bevölkerung zu entflammen wären. Sei dies Hybris einer selbstherrlichen Bürokratie oder berechnende Verhandlungstaktik — letzten Endes wird der Erfolg entscheiden, ob dieser Weg der richtige war. Was bisher hierüber an die Oeffentlichkeit gedrungen ist, läßt alle Bedenken gegen die Politik der Kirchenbehörden, die bereits zur Genüge an dieser Stelle dargelegt worden sind, wieder wach werden. Es dürfte daher an der Zeit sein, angesichts des vorgerückten Stadiums, in dem sich die Verhandlungen befinden, noch einmal die grundsätzliche Stellung zu umreißen, die von den evangelischen Kreisen in einem Konkordat erkämpft werden müßte.

Wie voraus zu sehen, haben sich die Verhandlungen auf die sogenannte politische Klausel zuletzt konzentrieren müssen. Wenn die linksstehenden Zeitungen, die in dieser Frage immer noch am besten informiert sind, recht haben, hält die Regierung unverändert an der Forderung fest, daß die evangelische Kirche bei der Besetzung ihrer leitenden Amtsstellen denselben staatlichen Einspruchsrechten unterworfen würden, wie dies für die katholische Kirche in dem Konkordat mit dem Vatikan festgelegt ist. Die Begründung, die hierfür von seiten der Regierung beigebracht wird, daß keine der beiden Kirchen eine Ausnahmebehandlung beanspruchen könne, ist zwar formal gerechtfertigt, überblickt jedoch geflissentlich die bedeutsamen Unterschiede, die zwischen den beiden Kirchen bestehen. Die evangelischen Kirchen haben und müssen auch in Zukunft mit aller Energie eine solche Gleichstellung mit der katholischen Kirche ablehnen. Die katholische Kirche ist eine Institution, die ihre Spitze im Auslande hat und mit deren Oberhaupt gewissermaßen wie mit einem ausländischen Souverän zu verhandeln ist — auch wenn z. Zt. der Papst aus leicht zu durchschauenden Gründen trotz seines neuen Kirchenstaates von der preußischen Regierung nur als Privatmann betrachtet wird. Würde er nämlich als souveräner Fürst angesehen, so stünde nach der Weimarer Verfassung nur dem Reiche das Recht zu, mit ihm Verträge abzuschließen. Die feine juristische Unterscheidung, die hier zwischen dem Papst als dem Souverän des Kirchenstaates und dem Oberhaupt der katholischen Kirche gemacht wird, erlaubt zwar den einzelnen Reichsländern, mit ihm Verträge zu schließen — und gestattet, nebenbei bemerkt, hohen Beamten unserer Republik, die sonst schmerzlich vermißten Orden wenigstens von seiten der Kurie anzunehmen — sie erlaubt jedoch nicht, Papst und katholische Kirche so ohnehin die gleiche Behandlung zukommen zu lassen, wie der evangelischen Kirche. Die katholische Kirche ist und bleibt eine internationale Organisation, deren Schwerpunkt im Auslande liegt, und der gegenüber ein Staat ohne besondere Sicherung seiner nationalen Belange nicht auskommen kann. Bei dem straffen zentralistischen Aufbau der katholischen Kirche, wie er insbesondere durch die letzten Päpste ausgestaltet worden ist, muß der Staat die Gewähr haben, daß nicht etwa Ausländer in hohe Kirchenstellen kommen, daß die Ausbildung der Geistlichen nicht etwa im Auslande oder durch ausländische Lehrer erfolgt, daß größere Teile seiner katholischen Gebiete ausländischen Bischöfen unterstellt werden und dergleichen mehr. Bei dem schon durch eine vielhundertjährige Geschichte bestimmten rein nationalen Charakter der evangelischen Kirchen bestehen alle solche Bedenken entweder gar nicht oder in nur geringem Maße. Vor allem hat jeder Staat ihr gegenüber ganz andere Möglichkeiten des unmittelbaren Zugriffs, um seine Interessen zu wahren, die keineswegs solch rechtlicher Sicherungen bedürfen, wie sie gegenüber der katholischen Kirche durchaus angebracht sind. Wenn nun letztere sich dazu verstanden hat, auf die bekannten Bedingungen des Konkordats einzugehen, das ja eine ziemlich weitgehende politische Klausel enthält, so hat dies seine besonderen Gründe. Die Kurie weiß, daß kein Staat mit ihr überhaupt ein Konkordat ohne diese Klausel eingehen wird, da erst sie die primitivsten Forderungen für den Staat sichert. Wenn sie ferner glaubt, daß ihr hieraus keine schwerwiegenden Komplikationen erwachsen, so vertraut sie einmal ihrem erprobten diplomatischen Geschick, zum anderen hofft sie auf die Unterstützung der politischen Organisation des Katholizismus, die fast in allen Ländern ausgebildet ist und durch die der Vatikan in der Tat ein Werkzeug zur Vertretung seiner Interessen besitzt, wie die protestantische Kirche keines aufzuweisen hat.

Für letztere handelt es sich bei der politischen Klausel jedoch nicht allein um solche oder andere Befürchtungen, die aus einem Mangel an geeigneter politischer Vertretung ihrer Interessen oder aus der parteipolitischen Zusammensetzung der jetzigen preußischen Regierung entspringen — obwohl die Folgen nicht unterschätzt werden sollen, die aus einem Siege der jetzigen Machthaber in Preußen notwendig entstehen müßten. Es geht um die viel wichtigere Frage, ob die evangelische Kirche, nachdem ihr unerwartet das Geschenk der Freiheit wurde, dies ihr wertvollstes Gut angesichts der schweren und über ihre und des Volkes Zukunft heranreifenden Entscheidungen verkaufen will.

Die Unterhändler auf protestantischer Seite haben nach den Zeitungsmeldungen versucht, einen Mittelweg einzuschlagen. Sie haben sich scheinbar mit Kräften dagegen gewehrt, den jetzigen Machthabern in Preußen mit Haut und Haaren ausgeliefert zu werden, was mit der Anerkennung der politischen Klausel unvermeidlich wäre. Sie haben daher in Vorschlag gebracht, daß bei Konflikten, die zwischen Staat und Kirche über die Besetzung eines der hohen Kirchenämter entstehen, eine neutrale Instanz letzten Endes entscheiden soll, wobei man an das preußische Oberverwaltungsgericht denkt. Sie haben weiter die Möglichkeit zu fixieren gesucht, unter denen dem Staat ein Einspruchsrecht gegen die Neubesetzung eines Kirchenamtes zustehen soll. Wenn die Häupter der evangelischen Kirchen glauben, unter den gegebenen Verhältnissen mit solchem Vorschlag das äußerst Mögliche zu erreichen, so mögen sie recht haben, und dann würde man im großen und ganzen einer solchen politischen Klausel zustimmen können. Aber wie die Dinge liegen, werden wir vermutlich niemals über die Ablehnung oder die Annahme einer derart ausgestalteten politischen Klausel zu diskutieren haben. Die Stellung der preußischen Regierung ist in den Verhandlungen so eindeutig klargestellt, daß unter keinen Umständen an ein Aufgeben der von ihr gemäß dem katholischen Konkordat geformten politischen Klausel zu denken ist. Nicht allein die sozialistische Presse bestätigt dies, auch die demokratische Presse kann sich nicht genug tun, die Regierung hierin zu verteidigen und der evangelischen Kirche gut zuzureden, nicht ungeduldig zu werden und ja doch den Vertrag anzunehmen, da ihr letzten Endes nichts anderes übrig bleibe. Das schlechte Gewissen, das die demokratische Partei bei dieser ganzen Sache hat, wird mit solch hilflosen Redensarten kaum beruhigt werden, und man kann nicht genug die famose Art anprangern, wie diese Partei die protestantischen Interessen, zu deren Vorkämpferin sie sich hin und wieder aufzuwerfen wagt, wahrnimmt. Kein Wunder, wenn auch der Dritte in diesem Bunde, das Zentrum, sich hören läßt und durch den Mund eines seiner Abgeordneten sehr kalt erklärt, es sehe nicht ein, warum die protestantische Kirche besser gestellt sein solle als die katholische. Angesichts dieser denkbar ungünstigen parlamentarischen und parteipolitischen Situation kann man den wohlgemeinten Schritt des Führers der Volkspartei, des Reichstagsabgeordneten Dingeldey, beim Reichskanzler Brüning in Sachen des Konkordats nur als reichlich ungeschickt bezeichnen. Anstatt den Führern der evangelischen Sache zu raten, ihre Sache auf bessere Tage zu verschieben, setzt Herr Dingeldey sie noch unter verstärktem Druck, da nun die preußische Regierung in die Lage versetzt wird, mit dem Hinweis auf die Autorität und die Unparteilichkeit von Brüning die Kirche noch abschlußreifer zu machen — obwohl von Brüning kaum erwartet werden kann, daß er die von Dingeldey geforderte unterschiedliche Behandlung der evangelischen und der katholischen Kirche bei der Besetzung der oberen Aemter sich zu eigen machen, geschweige denn bei der preußischen Regierung durchsetzen wird.

Man wird und kann hoffen, daß die Führer der evangelischen Sache gegenüber dieser und gegenüber anderen noch zu erwartenden Belastungsproben fest bleiben und den Forderungen des Staates, die als Staatsinteresse drapiert werden, in Wirklichkeit jedoch nur als Ausfluß der in Preußen herrschenden Parteiwillkür zu werten sind, ein unerbittliches Nein entgegen setzen, wo die geistige Freiheit des Protestantismus angetastet werden soll. Sie dürfen dies tun in der Gewißheit, daß, wenn ein offener Kampf nicht vermieden wird, sie das gesamte bewußt evangelische Kirchenvolk hinter sich haben.

Dr. Venter.

Ein neues Parlament der Religionen.

Im September 1893 fand bei Gelegenheit der Kolumbischen Weltausstellung unter ungeheurem Menschenandrang in Chikago ein Religions-Parlament statt, das 17 Tage dauerte und — die geselligen Zusammenkünfte und Gottesdienste ungerechnet — in 300 Sitzungen verlief. Das ausführliche Programm, das mit Referaten überladen war, umfaßte 160 Druckseiten. Das Ganze hatte damals auf deutsche Teilnehmer und Berichterstatter den Eindruck eines großen Brilliantfeuerwerkes gemacht, das in dem Schauspiel der Weltausstellung eine Art religiöser Abendunterhaltung bildete.

In den Missionsblättern wurden damals Stimmen laut, welche sich gegen die Konsequenzen wehrten, die in gewissen Kreisen aus der Tatsache gezogen wurden, daß nichtchristliche Religionen als gleichwertig mit dem Christentum behandelt wurden, und daß Unitarier und Universalisten, Hindureformer und fortgeschrittene Buddhisten in ihren Kirchen haben predigen lassen.

Auch in Amerika begann, in manchen Kreisen wenigstens, sehr bald der Rausch zu verfliegen. Angesichts des Weltreligionsrausches fragte man sich, wozu dann eine christliche Mission überhaupt noch nötig sei, wenn man Nichtchristen in einem „christlichen" Lande, vor einer überwiegend christlichen Zuhörerschaft gestatte, ihre Verkehrtheiten, verbrämt mit modernen Phrasen, auszukramen, stimmten doch die idealen Religionsbilder, welche die nichtchristlichen Kongreßredner entwarfen, so wenig mit der nüchternen Alltagswirklichkeit überein.

Aber in dem Stück scheinen die Amerikaner unbelehrbar zu sein. Immer wieder läßt man sich von den rhetorischen Idealen, die derartige Kongresse in Umlauf bringen, bezaubern. Wie mir ein Freund aus Amerika schreibt, findet dort in diesen Wochen wieder ein Weltreligionsparlament statt, diesmal in dem Ballsaal (!) des Park Lane Hotel (!) in Neuyork. Es hat bereits am Sonntag, den ersten Februar seinen Anfang genommen und wird 9 Sonntage lang fortgesetzt werden bis zum 29. März. Dieser Religionskongreß nennt sich diesmal „Parlament der Welt-Glauben" (Parliament of the World's Faiths) und will ein Heroldruf sein, der Botschaft bringt von den „Weg-Schauern der Menschheit" (Heralding the Message of the Way-Showers of Humanity).

In einem vorläufigen Programm teilt die Veranstalterin dieses Religions-Parlaments, die „Neue Geschichtsgesellschaft", dem Publikum der Stadt Neuyork mit, daß sie „in diesem Jahre unseres Herrn 1931" eine Plattform vorbereitet habe, von welcher bevollmächtigte und geistesbegabte (inspired) Führer der Religionen des Zoroaster, Buddha, Konfuzius, Moses, Christus, Muhammed und Baha'u'llah, Woche für Wache einen Plan vorlegen werden für die Vergeistigung der Menschheit. „Die Schaubühne für dieses erheiternde (exhilarating) Panorama befindet sich im Ballsaal des Park Lane Hotels, wo die Ideale der Propheten wie die Handlungen eines himmlischen Dramas, vor den Augen der Zuhörerschaft sich entrollen werden."

Die Redner werden die grundsätzliche Einerleiheit der Lehren der „Weg-Schauer" der Menschheit betonen und Wege und Methoden zeigen, durch welche unsere Zivilisation des 20. Jahrhunderts Nutzen ziehen kann von den Lehren dieser Propheten des Altertums.

Der Grundton der Reden werde etwa auf Folgendes gestimmt sein: „Wenn die Gründer der Weltreligionen noch lebten, was würden sie heute sagen? Was würden sie heute lehren? In welcher Weise würden sie ihre Botschaften verbreiten? Wie würden sie unseren Problemen begegnen, wie mit ihnen ringen, wie sie zu lösen suchen? Man setze den Fall, sie alle kämen in einem Raume zusammen, begegneten sich von Angesicht zu Angesicht, wie würden sie mit einander verkehren? Würde Buddha mit Mißfallen auf Christus blicken? Würde Moses den Zoroaster zurückweisen? Würde Baha'u'llah den Raum unwillig verlassen und es den anderen Propheten überlassen, über sein Benehmen unwillig den Kopf zu schütteln? Würden diese Männer über Punkte des Glaubens und des Dogmas sich untereinander streiten, oder über Liebe und Freundschaft sich unterhalten? Würde Christus sich als einen Fundamentalisten (d. h. Bibelgläubigen) oder

als einen Modernisten (d. h. Liberalen) ausgeben? Würde Muhammed den Schiiten Recht geben oder den Sunniten? Kurz, wie würden diese geistlichen Führer der Menschheit die ineinandergreifende und schnell sich entwickelnde Zivilisation unserer Tage ansehen und beurteilen?"

Die „Neue Geschichtsgesellschaft" glaubt ankündigen zu dürfen, daß in dieser einzigartigen Folge von Vorlesungen weniger Geschichte und mehr Inspiration zu spüren sein werde. Keine Geltendmachung von Glaubensstandpunkten und mehr Betonung der Wahrheit, kein Anspruch auf Ueberlegenheit des einen Propheten über den anderen, aber eine ehrfürchtige Würdigung aller Propheten in dieser „Ratsversammlung des Allerhöchsten".

Und der Zweck dieses Religions-Kongresses? Kein onderer als die Schaffung eines allumfassenden Bewußtseinszustandes inmitten unserer begrenzten Anschauungen. Menschliche Wege und göttliche Mittel will er ersinnen, durch welche die aufgespeicherten und versiegelten Energien der Welt-Religionen nutzbar gemacht werden können.

Von jedem der Redner werde erwartet, daß er eine Botschaft des Friedens zu bringen, die Lehre des Friedens kundzutun, die Ideale des Friedens zu verbreiten habe, und daß er ein starkes, unmißverständliches Verlangen an den Tag legen werde, in einem gemeinsamen Kreuzzug Gleichgesinnte zu vereinigen, die internationalen Beziehungen auf eine geistliche Grundlage zu stellen, die den Krieg ächtet.

In dieser „Universität der geistlichen Weisheit", so lesen wir weiter in dem vorläufigen Programm, „wird die Zuhörerschaft, Woche für Woche, zu den Füßen eines Lehrers sitzen, sich seiner Leitung vertrauensvoll hingeben und willig seine Belehrung hinnehmen. Es wird sich empfehlen, daß alle Teilnehmer, zeitweilig wenigstens, ihre Meinungen, Vorurteile und, wenn möglich, auch ihre ererbten Ueberlieferungen dahinten lassen (!) und wie Kinder des Lichtes sich bereit zeigen, sich belehren zu lassen und begierig zu lernen!"

Die zu Worte kommenden Redner werden sich als Wortführer der Gründer der Weltreligionen ansehen und nicht als die Vertreter der vielen Sekten und Denominationen, die im Lauf der Jahrhunderte als die Ergebnisse der widerstreitenden Theorien und abweichenden Auslegungen erschienen sind. Indem sie sich mit dem geistlichen Herzen des Christus, des Buddha oder des Muhammed — je nachdem — in Verbindung gesetzt haben, werden sie ihrer Zuhörerschaft die fundamentale, universelle Wahrheit, die von jenen göttlichen Wesen gelehrt wurde, darbieten, denn — man höre und staune! — hat nicht einer von ihnen prophetisch erklärt: „Ihr werdet die Wahrheit erkennen und die Wahrheit wird euch frei machen?"

In dieser Folge von Vorlesungen werden die Redner die wesentlichen Lehren der Bibeln der „Weg-Schauer" (Way Showers) der Erde vortragen, die Klassiker des kosmischen Bewußtseinsstandes (the classics of the cosmic Consciousneß). Diese sind die wahren Lehrer in allen Ländern gewesen und werden es bleiben.

Die Weg-Schauer der Menschheit! Was sind ihre Lehren? „Ein tiefes Mitgefühl für das Leid der Andern. Eine grenzenlose göttliche Geduld. Ein unerschütterlicher Glaube an die Güte des Schöpfers. Eine Erfahrung des Friedens, der über alles Begreifen geht. Ein Leben, zugebracht in dem ewigen Jetzt. Eine unveränderliche Loyalität gegenüber der universellen Wahrheit."

Der Ruf des Kongresses aber würde sein: Machet Bahn dem Weg! Zeiget den Weg! Bereitet den Weg! — so, daß der König der Ehren einziehen könne!" Und um welchen Weg handelt es sich? Um „den göttlichen Weg des Brahma, den königlichen Weg des Krischna, den mittleren Weg des Buddha, den himmlischen Weg des Konfuzius, den einfachen Weg des Laotse, den Lichtweg des Zoroaster, den Gerechtigkeitsweg des Mose, den geraden Weg des Christus, den unterwürfigen Weg des Muhammed, den universellen Weg des Baha'u'llah"!

„Alle diese Wege", so schließt das Programm „sind Wege Gottes, die die Menschen zu einem Ziele führen. Und so lange wir auf der Wanderschaft sind, laßt uns, die wir gemeinsam auf der Heerstraße des Lebens dahinziehen, mit einander einstimmen in das eine Lied, — das Lied der Menschheit, das Lied der Kameradschaft und Brüderlichkeit." Und wer fühlt sich nicht versucht fortzufahren: „Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt?"

In seiner „Erzählung vom Antichristen" malt uns der russische Religionsphilosoph Wladimir Ssolowjeff ein zwar nicht „erheiterndes", dafür aber erschütterndes Zukunftsbild von den Ereignissen, die uns noch bevorstehen. Er schildert uns u. a., wie der „Antichrist der Zukunft", ein Uebermensch, eine große Kirchenversammlung einberuft, vor sie hintritt mit seinem Manifest, das so beginnt: „Völker der Erde! Meinen Frieden gebe ich Euch," und dessen Schlußworte lauten: „Völker der Erde! Der ewige Weltenfriede ist gesichert. Von heute ab wird kein Staat wagen, „Krieg" zu sagen, wenn Ich „Friede" sage. Völker der Erde! Der Friede sei mit Euch!" (Vergleiche W. Assur, Rußland und das Christentum, S. 108).

Ist nicht auch der jetzt in Neuyork tagende Religionskongreß ein Zeichen der Zeit, auf das wir achten sollten, ein Vorzeichen dessen, was uns Ssolowjeff hier schildert? Könnte man sich den Antichristen der Zukunft nicht sehr wohl als den Veranstalter eines Parlamentes der Weltreligionen vorstellen, der, um zur Alleinherrschaft zu gelangen, eine Wiederholung des alten hellenistischen Synkretismus im Großen in Szene setzt? Wir haben uns diesen „Menschen der Sünde" nach der Schrift ja keineswegs als einen Ausbund von Schlechtigkeit zu denken, sondern vielmehr als einen mit großen Fähigkeiten ausgestatteten „Uebermenschen", dem die betörten Sinne der Menge zujauchzen werden, wie das Christus vorausgesehen hat, als er die Worte sprach: „Ich bin im Namen meines Vaters gekommen, und ihr habt mich nicht aufgenommen. Es wird ein anderer kommen in seinem eigenen Namen — den werdet ihr aufnehmen."

D. J. Genähr.

Arbeitslosennot — Not und Aufgabe der Gemeinschaft, nicht bloß des Staates.

Bei flüchtiger Lektüre des Artikels „Praktische Erwerbslosenfürsorge" (in Nr. 28 des „Aufwärts") mag vielleicht von manchem die wirkliche Bedeutung der im Artikel beschriebenen Hilfeleistung für erwerbslose Jugendliche nicht recht beachtet worden sein, um so mehr, als der Verfasser in bescheidener Zurückhaltung jedes Herausstreichen der Wichtigkeit dieser Arbeit vermeidet, doch mir scheint es, daß diese von selbstlosem Gemeinschaftsgeist getragene Arbeit von einer weit über ihren bescheidenen zahlenmäßigen Rahmen hinausragender Bedeutung ist, und gerade auf diesen Punkt möchte ich hier mit einigen Worten eingehen.

Freilich bloß an den trockenen Zahlen gemessen, mag vielleicht in den Augen vieler dieses ganze Unternehmen zu absoluter Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpfen; denn was bedeuten die auf den Lagern der Evangelisch-sozialen Schule zusammengeschlossenen etwa 100 jugendlichen Erwerbslosen gegenüber der Gesamtzahl von fast 5 Millionen Erwerbsloser. Doch es heißt wohl mit Recht, daß die Statistik lügen kann, d. h., daß bloße trockene Zahlen, die nicht in das Wesen der Sache eindringen, falsche Vorstellungen vermitteln können, und das gilt wohl hier in besonderem Maße. Die Bedeutung dieses Unternehmens auf dem Gebiet der praktischen Erwerbslosenhilfe (wie natürlich auch der analogen der Anstalt Bethel) liegt nicht bloß darin, daß vielleicht einige hundert Menschen herausgerissen werden aus sinnlosem Hinvegetieren und dumpfer Verzweiflung und daß ihnen wieder die Möglichkeit zu frohem Arbeiten und Schaffen gegeben wird, obwohl auch das schon vom christlichen Standpunkt eine Tat von unschätzbarer Bedeutung ist, wird doch damit unsterblichen Menschenseelen Gelegenheit geboten, sich vor Verzweiflung und langsamem Verkümmern und Verkommen zu retten. Die Bedeutung dieser wirkliches „praktisches Christentum" bezeugenden Taten reicht noch viel weiter. Ich möchte hier kurz in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Sie sind Weckrufe für „praktisches Christentum", nicht mit Worten, sondern mit Taten gepredigt. In einer Zeit, in der Mutlosigkeit und hoffnungslose Resignation gegenüber der erdrückenden Macht der allgemeinen Not die Geister zu ergreifen droht, rufen sie uns zu, nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern mit allen Kräften zu versuchen, unseren armen Volksgenossen zu helfen. Sie rufen uns also den Sinn dieser Notzeit ins Gedächtnis, den wir nur zu leicht vergessen und der doch für den Christen bloß darin bestehen kann, daß sie uns Gelegenheit bietet, alle Kräfte anzuspannen, sie zu überwinden; sie rufen in uns den Geist des heiligen „Dennoch" wach, den Geist, der im Auftrage Christi Hand anlegt, um der Not zu steuern (mag seine Kraft noch so klein und die Not noch so groß sein), eingedenk dessen, daß wir doch bloß hier im irdischen Dasein den Vorzug genießen, in Christi Dienst an den „geringsten meiner Brüder" stehen zu dürfen, daß in der Ewigkeit Gott unseres Dienstes nicht mehr bedarf.

2. Diese aus christlichem Gemeinschaftsgefühl entspringenden praktischen Hilfeleistungen für den Erwerbslosen rufen das Bewußtsein wach (das ja bei der unkersönlichen staatlichen Hilfeleistung verloren zu gehen droht), daß die Not der Arbeitslosigkeit eine gemeinsame Volksnot ist, die nicht durch soziale und politische Maßnahmen des Staates allein (so wichtig die auch sind) überwunden werden kann, sondern bloß dann, wenn jeder einzelne diese Volksnot als seine eigene empfindet und zu ihrer Ueberwindung das Seine in seinem Kreise, nach seinen Kräften beisteuert. Ohne diese innere Verbundenheit des Einzelnen mit dem Ganzen muß das deutsche Volk an dieser Not zugrunde gehen. Diese Verbundenheit kann aber nicht geweckt werden durch schöne Worte und Ueberredungen, sondern bloß durch praktische Betätigung im Sinne dieser Verbundenheit.

3. Dieses Unternehmen (wie auch bei der Anstalt Bethel) das kein Almosen, sondern Arbeit bietet und das die Erwerbslosen wieder Wurzel fassen läßt in der heimischen Erde, ist als praktisch erprobtes Beispiel sicher von Bedeutung für umfassendere praktische Hilfsmaßnahmen, die ganz gewiß an Stelle des staatlichen unproduktiven Almosengebens treten müssen, soll die Arbeitslosigkeit nicht zum Untergang des deutschen Volkes führen.

Arbeitslosennot — eine Not und eine Aufgabe der Gemeinschaft, das heißt aber, Not und Aufgabe eines jeden einzelnen, denn bloß aus dem aufs Gemeinschaftliche gerichteten Wollen und Sinn des Einzelnen erwächst der machtvolle Geist der Gemeinschaft.

So sei denn das tapfere Unternehmen der Ev.-sozialen Schule zur Hilfeleistung an der erwerbslosen Jugend,

Pfarrer Wenger in Heinrichsbad zum Gedächtnis.

(Geboren 28. Februar 1831).

Dieses Gedenkwort mögen ruhig alle diejenigen ungelesen lassen, die obigen Mann nicht persönlich oder doch aus seinen Schriften oder vom Hörensagen kennen gelernt haben. Die aber (sie werden nicht mehr allzu zahlreich sein), die in den achtziger oder neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als Heinrichsbader Gäste ihm persönlich nahetreten durften, werden es vielleicht begrüßen, wenn aus Anlaß der hundertsten Wiederkehr seines Geburtstags mit einigen Worten sein Bild aufgefrischt und ein schlichter Kranz dankbarer Einnerung an seinem Grab niedergelegt wird von einem, der dort war.

Heinrichsbad, auch heute noch und heute erst recht wieder ein gern aufgesuchtes Kurhaus mit christlicher Hausordnung, ist ein stattliches Erholungsheim mit christlicher Hausordnung, ist ein stattliches Erholungsheim, umgeben von einem schönen ausgedehnten Park, das in dem reizenden Appenzeller Ländchen so ungefähr in der Mitte zwischen dem altberühmten Sankt Gallen und dem Säntisgebiet gelegen ist. Kurze Wege führen nach verschiedenen Seiten zu saftiggrünen Matten mit den schmucken, blitzsauberen, dunkelgebräunten Holzhäusern und schellenklingenden Weidetieren; ein etwas weiterer Spaziergang in die Höhe gewährt dem überraschten Auge den imposanten Anblick des majestätischen Säntismassivs; wahrlich eine Landschaft, die, wenn sie sich auch mit den weltberühmten Gegenden im Herzen der Schweiz, mit dem Berner Oberland oder dem Engadin, nicht messen kann noch will, sich doch als lieblicher Erholungsaufenthalt mit seinen freundlichen Schönheiten und seinen mäßigen Preisen doch recht wohl sehen lassen kann. Dort gibt es dafür auch keine Hotelbälle, keine Schönheitskonkurrenzen, keinen großstädischen Klimbim, wie er so vielfach an den sogenannten erstklassigen Fremdenplätzen sich als so widerlicher Fremdkörper in der wundervollen Gottesnatur breit macht. In diesem unmittelbar über dem Städtchen Herisau gelegenen Heinrichsbad wirkte von den siebziger bis in die neunziger Jahre hinein der Pfarrer Rudolf Wenger, der nun wirklich aus diesem Haus in gewissem Sinn für alle Zeiten das Musterbild eines christlichen Kurhauses gemacht hat, dem andere später — man wird wohl damit keinem zuviel sagen — mit ihr Bestes abgesehen haben. Denn warum ging man dorthin? Was zog nicht bloß die Schweizer selbst, sondern Schwaben, Norddeutsche, (gerade damals, als der Verfasser dieser Zeilen dort weilte — 1894, irre ich nicht, nach dem großen Brand in den Anstalten — weilte als allgemein verehrter Gast Vater Bodelschwingh mit seiner Gattin dort), Deutschrussen, Holländer drei Jahrzehnte lang an diesen äußerlich verhältnismäßig bescheidenen, wenn auch behaglichen Platz? Waren das die staubfreien Matten, die Nähe der Berge, die rücksichtsvolle Ruhe des ganzen Hauses? Waren es die berühmten Appenzeller Stickereien, die man überall in der Nähe kaufen und seinen Angehörigen als Reiseandenken — hoffentlich ehrlich verzollt — mitbringen konnte? War es die Gewißheit, dort anregende und zahlreiche Gesellschaft zu finden, aus der man sich sicherlich den einen oder anderen zusagenden, wirklich verwandten Umgang für die Erholungszeit herausfuchen konnte? Das alles war es gewiß auch. Aber die Seele des ganzen Hauses war nun eben die Persönlichkeit des Leiters. Die Aufgabe eines solchen Kurhausleiters ist mannigfaltig und nicht leicht. Er soll ein guter Verwalter sein, der die Finanzen in Ordnung hält, und er soll ein Seelsorger sein, der auch „mit den Müden zu reden weiß zur rechten Zeit". Er soll seine Gäste unterhalten und er soll ihnen innerlich etwas geben. Er soll einen christlichen Hausgeist schaffen und doch soll sich niemand eingeengt oder bedrückt fühlen. Er soll die Tür weit aufmachen und doch durch den ganzen Ton des Zusammenlebens ungeeignete Gäste fernhalten. Er soll sich um das Kleine bekümmern und die Augen über all haben, und doch muß er eine großzügige Persönlichkeit sein. Reichgebildete Gäste sollen geistig auf ihre Rechnung kommen und doch sollen auch einfache Menschen sich wohl fühlen können und nicht den Eindruck haben, daß sie Gäste minderen Ranges seien. Er soll auf die Einzelnen eingehen und doch keinen bevorzugen.

Pfarrer Wengers Geheimnis war nicht bloß seine reichgebildete, vornehme, feinfühlige Persönlichkeit; er schöpfte aus den tiefsten Quellen.s Seinen Andachten, die er morgens in der Kapelle, abends am Tisch des Speisesaals hielt, war nicht anzuhören, wie unruhig, mit vielen äußerlichen Geschäften belastet, sein Tagewerk war. Es lag immer eine Weihe darüber wie bei einem, der aus der Stille kommt. Und er kam aus der Stille; er kam aus der sorgfältigen äußeren und aus der heiligen inneren Vorbereitung. Schlicht, aber in edler Form, bot er „goldene Aepfel in silbernen Schalen", geistvoll, ohne Geistreichelei, gedankenreich und doch aus dem Herzen eines Seelsorgers heraus, der den Tag über in stiller Zwiesprache in manche innere Not seiner Gäste hineingeschaut hatte.

Und derselbe Mann konnte am Regentag so fröhlich der Langeweile wehren, indem er seine musikalischen Gäste mobil machte oder ein anregendes Spiel in Gang brachte; konnte als gründlicher Kenner der schönen Gotteswelt seine Gäste zu der Herrlichkeit des Säntis oder an andere Lieblingsplätze des Appenzeller Landes führen, sich mit ihnen wie ein Kind an jeder köstlichen Alpenblume freuen; konnte mit den Kindern scherzen und sich darum kümmern, ob jeder Gast auch bei Tisch einen zu ihm passenden Tischnachbar habe, weil er wußte, wie viel auch solche Aeußerlichkeiten zum Behagen oder Unbehagen der Gäste ausschlagen können.

Wie soviele Gottesmänner vor ihm und nach ihm wurde auch dieser edle Mann zuletzt noch in die Stille und in Tiefen des Leidens geführt. Nicht viele werden, wie der Schreiber dieser Zeilen, einmal auf dem Kirchhof von Thun gestanden haben, wo er im Angesicht der Schneehäupter des Berner Oberlandes, vom Mönch bis zur Blümlisalp, dem Auferstehungsmorgen entgegenschlummert. Aber alle die Aelteren unter uns, die auch nur einmal „zu Wengers Zeiten" in dem alten Heinrichsbad waren, werden für ihr ganzes Leben den Eindruck mitfortgenommen haben, daß sie dort einem der Besten ihrer Zeit, einer durchgebildeten christlichen Persönlichkeit vor allem, begegnet sind.

K. F.

das mit geringen Mitteln so Erfreuliches leistet (ebenso wie das der Anstalt Bethel), der tatkräftigen Unterstützung aller derer empfohlen, die die Möglichkeit haben, ihr Scherflein beizusteuern und die die Not der Arbeitslosen als ihre eigene Not empfinden. E. O.

Deutsch-Oesterreich.

Am heutigen Montag stattet Reichsaußenminister Dr. Curtius in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Pünder und einiger Herren des Auswärtigen Amtes der österreichischen Regierung den angekündigten Staatsbesuch ab. Wenn auch Reichskanzler Dr. Brüning im letzten Augenblick seine Teilnahme an dieser Reise absagen mußte, so ist dieser Besuch doch auch so ein neuer Ausdruck der österreichisch-deutschen Gemeinschaft.

Die „Unabhängigkeit, die Deutsch-Oesterreich durch den Diktatfrieden von St. Germain — allerdings erst nach vorheriger Abtrennung großer Gebiete mit mehr als vier Millionen geschlossen siedelnder Deutscher — befohlen worden ist, gereichte dem Lande nicht zum Segen. Ist die Wirtschaftsnot heute auch in allen Ländern heimisch, haben die politischen Gegensätze gegenwärtig fast überall eine bedrohliche Schärfe angenommen, so hat doch Deutsch-Oesterreich in der Elends- und Krisenchronik manches voraus. In der Treibhausluft von St. Germain kann es eben keine gesunde Entwicklung geben.

Aber es ist zwecklos, bekannte Tatsachen wieder anzuführen und sie zu bedauern. Im Vordergrund muß die praktische Arbeit stehen, und das ist in diesem Fall die praktische Anschlußpolitik. Noch ist der Geist mächtiger als die materielle Macht! Bleiben die großdeutschen Bestrebungen, wie sie seit fast einem Jahrhundert in Oesterreich lebendig sind, weiterhin kräftig, dann wird auch der Tag kommen, an dem auf den Bergen in Bayern und Tirol die Grenzsteine fallen und das deutsche Volk sich in einem deutschen Staat zusammenfindet.

Wie sehr Deutsch-Oesterreich ein deutsches Land ist, zeigt die Kulturgeschichte dieses Erdstrichs, die man nur als ein Stück der deutschen Gesamtkultur verstehen kann. „Oesterreich ist mein Vaterland, Deutschland mein Mutterland, ich lieb' sie beide innig!" sang der österreichische Dichter Hamerling. Wer staunend vor dem Stephansdome in Wien stand, die alten Gassen Salzburgs durchwanderte, die Stätten besuchte, an denen imposante Klöster und Stifte, Zeugen ältester Kulturarbeit, die Täler beherrschen, wer in verschwiegenen Nestern alte Skulpturen fand, wer die Bau- und Kunstschätze dieses Landes kennt und sich daran erinnert, daß Wien die zweitälteste deutsche Universität beherbergt, dem offenbart sich immer aufs neue der urdeutsche Charakter des heutigen Deutsch-Oesterreichs.

Es ist selbstverständlich, daß auch die Literatur dieses Landes für seinen deutschen Geist zeugt. Von den Tagen des Nibelungen- und des Grudrunliedes bis zur Gegenwart haben österreichische Dichter Bau- und Prachtsteine zu dem gesamtdeutschen Schrifttum beigetragen. In Oesterreich sang Walther von der Vogelweide, dichteten Grillparzer, Anzengruber, Hamerling und Rosegger — von den Zeitgenossen zu schweigen — in Oesterreich stand die Wiege Mozarts, Haydns, Schuberts, Johann Strauß', und ebenso war hier die Wirkungsstätte Beethovens.

So hat es in der deutschen Kultur niemals Staatsgrenzen gegeben, nur in der Politik gab es Grenzsteine, fest in den Boden gerammt, daß sie sich bis in das Zeitalter der Nationalstaaten erhalten haben und nun als eine Verhöhnung des in der Wilson-Note vom 9. Juli 1917 enthaltenen Satzes: „Kein Volk darf unter eine Herrschaft gezwungen werden, unter der es nicht leben will . . ." das dem deutschen Volke angetane Unrecht in die Welt schreien.

Mag es vorerst durch fremde Gewalt noch zwei deutsche Staaten für ein einziges deutsches Volk geben, das darf uns nicht hindern, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um den Ausgleich zu vollenden — in der Politik, in der Verwaltung und in der Wirtschaft — und so den Anschluß zu einer rein formellen Frage zu gestalten. Aus der österreichisch-deutschen Kulturgemeinschaft muß so auch eine Staats- und Wirtschaftsgemeinschaft werden. Das ist das Ziel, zugleich aber ein Ideal, an dem sich ein kräftiges Nationalgefühl entzünden kann. Und das ist wichtig für den deutschen Wiederaufstieg, der heute wie 1812 eine geistige Erneuerung zur Voraussetzung hat.

Abbürdung der Tribute.

Jahresversammlung bayerischer Industrieller. — Motto: Gemeinschaftsarbeit und Vertrauen.

Die Ortsgruppe München des Bayerischen Industriellenverbandes hielt unter dem Leitgedanken „Gemeinschaftsarbeit und Vertrauen" ihre Jahreshauptversammlung ab. Nach Wiederwahl der ausscheidenden Ausschußmitglieder hob Geheimrat Röckl hervor, der Bayerische Industriellenverband habe dieser Tagung nach außen hin den Stempel der Gemeinschaftsarbeit gegeben, da der Wiederaufbau des deutschen Volkes nur durch einträchtige und zielbewußte Gemeinschaftsarbeit herbeigeführt werden könne. Gerade das schwindende Vertrauen im Unternehmertum bedürfe der Stärkung.

Ministerialdirektor Schenk vom bayerischen Ministerium des Aeußern verbreitete sich über die Gründe der Weltwirtschaftskrise. Reich und Staat müßten mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, auch ihrerseits die Wirtschaftsgrundlage zu erleichtern. Das könne nur geschehen durch baldigste, tunlichst weitgehende Abbürdung der untragbaren Tributlasten. In der Förderung der heimischen Wirtschaft liege eine besondere Aufgabe der Länderregierungen.

Oberbürgermeister Dr. Scharnagl befaßte sich mit der Kritik der Wirtschaftskreise an den Gemeinden. Oberstudienrat Landtagsabgeordneter Schlittenbauer sprach über das Verhältnis von Industrie und Landwirtschaft.

— Reichsaußenminister Dr. Curtius trifft am heutigen Montag in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Pünder zu einem Staatsbesuch in Wien ein.

Wahlen in Braunschweig.

Neue Niederlage der S.P.D. und Mittelparteien.

Weiteres Anwachsen der Flügelparteien.

In Braunschweig fanden am gestrigen Sonntag die Kommunal- und Kreistagswahlen statt. Bei einer Wahlbeteiligung von nicht ganz 80 v. H. ergibt sich nach einer vorläufigen Zusammenzählung des Ergebnisses aus den sechs Landkreisen und der Stadt Braunschweig, daß die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien gegenüber den Landtagswahlen von 1930 verloren, die Nationalsozialisten und Kommunisten dagegen gewonnen haben.

* * *

Das Ergebnis der Wahlen in der Stadt Braunschweig.

Braunschweig, 2. März. Bei den Kommunalwahlen in der Stadt Braunschweig wurden folgende Ergebnisse erzielt: Sozialdemokraten 37 672 (Reichstagsw. 14. 9. 1930: 41 621) Mandate 14 (20), N.S.D.A.P. 27 040 (25 262) Mandate 10 (—), Kommunisten 12 236 (8828) Mandate 4 (—), Staatspartei 1427 (2968) Mandate — (1), Deutschnationale 4471 (4999) Mandate 2, Nationale Einheitsliste 7924 (13 538) Mandate 3, Mittelstand 6200 (3606) Mandate 2, Nationale Mitte 154 (176) Mandate —.

Im ganzen stehen 17 bürgerlichen Mandaten 14 sozialdemokratische und 4 kommunistische gegenüber. Die Wahlbeteiligung betrug 85 v. H. Die Zahl der Stimmberechtigten belief sich auf 115 560.

Vorläufiges Gesamtergebnis der Wahlen in Braunschweig.

— **Berlin**, 2. März. Eine Zusammenzählung der vorläufigen Wahlergebnisse aus sämtlichen Kreisen und der Stadt Braunschweig ergibt folgendes Bild:

	Kommunalwahlen v. 1. 3. 31.	L. W. v. 14. 9. 30.
Sozialdemokraten	112 400	125 586
Kommunisten	26 114	20 988
Nationalsozialisten	80 017	67 762
Bürgerliche Einheitsliste	62 900	79 478

Hitler und Hugenberg.

Gemeinschaftliche Besprechung der Rechtsopposition.

Berlin, 1. März. Von deutschnationaler Seite wird mitgeteilt:

„Die Vertreter der Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen hielten am Sonntag, den 1. März, in Berlin eine gemeinschaftliche Besprechung ab, an der auch die aus der Landvolkpartei ausgeschiedenen Abgeordneten teilnahmen. Die Beratungen ergaben die allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der Lage im Young-Parlament und volle Einmütigkeit hinsichtlich der zu ergreifenden weiteren politischen Maßnahmen."

Tarifverträge allgemein erneuert

Stegerwald über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. — Reform der Sozialversicherung dringlich.

— Berlin, 2. März.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags wandte sich der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums zu. Minister Stegerwald leitete die Beratungen mit einer Rede ein, in der er die Schaffung einer Offensivgemeinde für politische und wirtschaftliche Vernunft forderte und die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern betonte. Zur Arbeitslosenfrage führte er aus:

Ein Allheilmittel für die Behebung der gegenwärtigen Krise gibt es weder in Deutschland noch in der Welt. Es sind von den verschiedensten Seiten die vielseitigsten Vorschläge gemacht worden. **Am umfassendsten ist das Sanierungsprogramm der Reichsregierung. Sein Ziel ist, unter allen Umständen Ordnung in die Finanzen der öffentlichen Hand zu bringen, Sicherheit und Vertrauen und damit die Grundlage für eine langfristige Kreditpolitik zu schaffen.**

Das sind natürlich Aufgaben, die nicht von einem Tag zum anderen gelöst werden können. Bis dahin kann man selbstverständlich nicht die Arbeitslosen ihrem Schicksal überlassen. Aber auch für die Uebergangsperiode liegen die Dinge nicht so einfach.

In der Frage der Meliorationen gibt es keinen Streit. Sobald die Beschaffung langfristiger Gelder möglich ist, soll und kann mit einem großen Programm begonnen werden. Ueber die Frage der fremdländischen Landarbeiter haben sich Reichsregierung und Reichsrat geeinigt. Ziel ist, möglichst bald ohne ausländische Landarbeiter auszukommen. Das neunte Schuljahr ist sehr schlecht als vorübergehende Zwangsmaßnahme denkbar. Von der Arbeitsdienstpflicht verspricht sich das Kabinett nicht den Erfolg und die moralische Wirkung, wie sie von den Befürwortern erwartet werden. Anders sieht es mit dem Gedanken des freiwilligen Arbeitsdienstes. Für die Pläne, die der Reichsfinanzminister ventilierte, kommen in der Hauptsache Kohlen, Eisen, Schiffsbau und Reichsbahn in Frage.

Ob eine weitere Kohlenpreisermäßigung und ein sehr viel größerer Kohlenverbrauch erreichbar ist, oder dadurch eine Senkung der Kohlenpreise, der Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität, und so eine größere Wiederbelebung zu erwarten ist, erscheint zweifelhaft.

Bei Eisen und Stahl liegt die Sache auch sehr schwierig. Die Reichsbahn könnte vielerlei tun zur Belebung der Gesamtwirtschaft. Im Kern ist es aber zunächst eine Kapitalbeschaffungs- und dann eine Zinsenfrage. Im ganzen erheben sich grundsätzliche Bedenken, die gegen jede Sonderunterstützung einzelner Wirtschaftszweige aus öffentlichen Mitteln bestehen. Wenn überhaupt, so dürfen Subventionen nur in den seltensten Ausnahmefällen vertretbar sein, wo Interessen des ganzen Volkes auf dem Spiele stehen.

Verkürzung der Arbeitszeit?

Was die Arbeitszeitverkürzung anlangt, so kann diese auch nicht als das große Allheilmittel angesehen werden, denn es ist zu überlegen, daß nur noch gut die Hälfte der Arbeiter voll beschäftigt sind. Ich kann nicht so optimistisch sein, zu glauben, daß eine schematische Arbeitszeitverkürzung in der komplizierten deutschen Volkswirtschaft viel erreichen und daß man ohne Mehrproduktion den Lebensstandard des deutschen Volkes aufrecht erhalten kann. Das ist aber nicht das letzte Wort.

Führen andere Mittel nicht zum Ziele, dann muß man trotzdem zu einer Arbeitsstreckung und zu einer Arbeitszeitverkürzung gelangen, denn es ist m. E. für uns nicht tragbar, im ganzen Jahre 1931 vier und mehr Millionen Menschen auf der Straße zu haben.

Die Lohnpolitik der Regierung.

Zur Lohn- und Schlichtungspolitik führte Minister Stegerwald aus, bei der wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Struktur Deutschlands sei ein allgemeiner Lohnabbau von 20 bis 25 Prozent kein Allheilmittel. Wenn die Tarifparteien entgegen früherer Praxis sich jetzt des staatlichen Schlichtungsapparates bedienten, weil sie sich nicht mehr verständigen könnten, dann sei es ausgeschlossen, daß dieses Schlichtungswesen bei den niedrigen Löhnen der Weltwettbewerbsindustrie nachgebe und die höheren Löhne der Binnenmarktindustrien durch die Staatsmacht stabilisiere. Die Lohnhöhe sei auch kein ausreichender Maßstab. Hinsichtlich der Leistung stehe der deutsche Arbeiter mit an der Spitze aller europäischen Länder!

Bis zum 31. März müsse Klarheit über den Kurs geschaffen werden, denn dann seien 80 Prozent aller Tarife erneuert. Nach dem 1. April müsse überlegt werden, wenn nicht friedliche Einigungen erfolgen, ob noch auf eines der letzten Hilfsmittel für die Verminderung der Arbeitslosigkeit: die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, zurückgegriffen werden müsse.

Zum Schluß ging Minister Stegerwald noch auf die Lage der Sozialversicherung ein. Bei der Invalidenversicherung werde in einiger Zeit an größere Reformen herangegangen werden müssen. Sehr dringlich sei die Reform der Knappschaftsversicherung; werde die Knappschaft in ihrer gegenwärtigen finanziellen Verfassung doch das Jahr 1931 nicht überstehen! „Ueber die Beseitigung von Inflationserscheinungen und Unausgeglichenheiten im Tarif-, Schlichtungs- und Sozialversicherungswesen — so beendete der Minister dann seine Ausführungen — lasse ich mit mir reden; an dem Kern dieser Einrichtungen dagegen lasse ich nicht rütteln."

Flotteneinigung in Rom.

Beitritt Frankreichs und Italiens zum Dreimächtepakt bevorstehend.

— Rom, 1. März.

Der englische Außenminister Henderson und Lord Alexander führten gestern ihre Besprechungen mit den Unterhändlern der italienischen Regierung zum Abschluß. Im Anschluß daran wurden die englischen Minister vom König empfangen. Die Audienz dauerte 15 Minuten. Ueber den Inhalt des englisch-italienischen Abkommens wurde Stillschweigen bewahrt. Den Journalisten gegenüber beschränkte sich Henderson vor seiner Abreise nach London lediglich auf die Mitteilung, „nach schwieriger Arbeit sei ein prinzipielles Agreement erreicht worden, durch das die in London in der Schwebe gebliebenen Fragen erledigt werden können." Die Einzelheiten dieser Abmachung würden der französischen Regierung bei der Durchfahrt durch Paris unterbreitet werden. Sollte die französische Regierung sich einverstanden erklären, würde das Agreement auch der amerikanischen, der japanischen, der englischen Regierung und den englischen Dominien zur Kenntnis gebracht werden.

*

Das Ergebnis der Verhandlungen in Rom.

Nach einer in der französischen Morgenpresse veröffentlichten Agenturmeldung aus Rom sollen die Bedingungen des zwischen den englischen und italienischen Flottensachverständigen verabredeten Flottenkompromisses wie folgt lauten:

1. Frankreich wird gegenüber Italien in der Gesamttonnage eine Ueberlegenheit bewahren. 2. Italien wird in der Kategorie der Torpedobootszerstörer und der leichten Kreuzer eine etwas höhere Tonnage erhalten als Frankreich. 3. Frankreich wird in der Kategorie der Unterseeboote eine ziemlich beträchtliche Ueberlegenheit gegenüber Italien erhalten. 4. Frankreich darf einige seiner großen Schlachtschiffe modernisieren mit dem Vorbehalt, daß diese für den Dienst zwischen dem Mutterlande und den französischen Kolonien in Uebersee Verwendung finden. 5. Hinsichtlich der 10 000-Tonnen-Kreuzer sollen sich Frankreich und Italien gleichstehen. 6. In der allgemeinen Kategorie der Hilfsschiffe soll Frankreich eine leichte Ueberlegenheit gegenüber Italien erhalten.

Ein erschütterndes Dokument.

Wie deutsche Kinder in polnischen Schulen „Deutsch" lernen.

— Bromberg, 2. März.

Die „Deutsche Schulzeitung in Polen" veröffentlicht in ihrer Nummer 9 ein Dokument, das wahrhaft erschütternd ist. Ein 14jähriges deutsches Mädchen, das bisher in einem Dorf, das keine deutsche Schule hatte, eine polnische Schule besuchen mußte, schrieb den nachfolgenden Aufsatz:

„Montak, d. 26. Januar 1931. Is byn gestern nach die sztal gegangen und habe gehert, das der Fordoner

autobus ist in die bra gefaren mit 20 personen. Wihl verzohnen in unglik kamen kan is nis beszraften. Um 8 ur zol das unglik pasirt zajn. Den kam is nach hazy unt habe dos die muti erzejlt. Nach mitak um 3 ur gingen wir hin unt woltyn wysyn was da pasirt ist aber der autobus ist szon in der gasans talt gefaren."

Brüning und die Tribute.

Die Erklärungen des Reichskanzlers vor dem Groß- und Ueberseehandel.

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels veröffentlicht einen Bericht über seine letzte Präsidialsitzung, der auch die Ausführungen des Reichskanzlers enthält. Danach erklärte Reichskanzler Dr. Brüning zur Tributfrage u. a.:

Die Aufbringung der Reparationszahlungen stellt eine außerordentliche Belastung für die Zinsbildung dar. Deshalb ist aber auch die Frage eines Zahlungsaufschubes nur mit großer Vorsicht anzufassen. Sie ist keine Lösung des Reparationsproblems, sie kann vielmehr sogar die Lösung des Problems verbarrikadieren. Ich bin der Ueberzeugung, daß wir

erst seit einem Jahr die Reparationszahlungen aus eigenen Mitteln

aufbringen. Vorher sind die Zahlungen nur auf Grund ausländischer Zufuhr von Krediten geleistet worden.

Aber jetzt, wo wir aus eigener Kraft die Zahlungen aufbringen müssen, zeigt es sich auch für die Gläubigerländer deutlich, daß nur durch einen Ausfuhrüberschuß diese Zahlungen vorgenommen werden können, und je mehr diese Tatsache anerkannt wird, um so sicherer ist damit zu rechnen, daß wir an einem Wendepunkt in der Auffassung der Wirkung dieser Zahlungen seitens der Gläubigerstaaten kommen.

Das neue Hauszinssteuergesetz.

Der Ausgleich für die erhöhten Zinsen der Aufwertungshypotheken.

— Berlin, 2. März.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags begann die Beratung des Verlängerungsgesetzes für die preußische Hauszinssteuer. Den besonderen Gegenstand der Beratung bildete die Frage des Ausgleichs für die Erhöhung der Verzinsung der Aufwertungshypotheken, die mit Wirkung vom 1. Januar 1932 an eintritt.

Finanzminister Dr. Hoepker-Aschoff führte aus, durch die Dezember-Notverordnung sei eine Senkung der Hauszinssteuer um 3 Prozent vorgeschrieben. **Ein Rechtsanspruch des Hausbesitzers auf Ausgleich für die Erhöhung des Zinssatzes der Aufwertungshypotheken sei im Gegensatz zu anderer Auffassung nicht gegeben.** Ganz anders aber sei die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Ausgleichs zu beurteilen. Es sei anzuerkennen, daß die dreiprozentige Senkung nicht ausreiche. Der Antrag der Koalitionsparteien werde von der Regierung für tragbar gehalten.

Neue russische Bluturteile?

Vor dem Prozeß gegen die Menschewiki. — Die kommunistischen Organisationen fordern Todesstrafen.

— Moskau, 2. März.

In den nächsten Tagen beginnt in Moskau wieder ein großer politischer Prozeß. Vierzehn Angehörige der Partei der Menschewiki sind wegen „klassenfeindlicher und staatsschädlicher Betätigung" angeklagt. Angeblich haben sich alle Angeklagten schuldig bekannt. Der Prozeß wird wieder als Sensationsschauspiel aufgezogen werden.

Aufbau und Wortlaut der Anklageschrift legen die Vermutung nahe, daß der neue Riesenprozeß mit Todesurteilen enden wird. Wie vor dem Ramsinprozeß, so treffen auch jetzt aus allen Gegenden der Sowjetunion Entschließungen und Aufrufe von Partei- und Arbeiterorganisationen ein, die die schwersten Strafen gegen die Menschewistenführer fordern. In Moskau, Leningrad, Charkow, Kiew, Minsk und anderen Städten wurden Versammlungen veranstaltet, in denen gefordert wurde, die „wildgewordenen Kleinbourgeois" nicht zu schonen.

Insel versinkt im Meer.

Infolge wolkenbruchartigen Regens ist ein Teil der Insel Lefkas im Meer versunken. In einer Breite von einem Kilometer und einer Länge von einem halben Kilometer verschwand ein Teil der Küste. In 300 Meter Länge setzt sich das Versinken der Erde fort. Opfer sind nicht zu verzeichnen, doch sind die Bewohner der Insel von großer Panik beherrscht.

Zur freundlichen Beachtung!

Die von den Lesern bestellten Bodelschwingh-Festnummern kommen am Dienstag zum Versand. Die Abonnenten erhalten ihre Festnummer am Freitag auch als laufende Nummer. Wir bitten alle Verteiler dieser Bodelschwingh-Nummer und auch die Redner, diese Gelegenheit recht ernstlich als eine Werbegelegenheit für den „Aufwärts" zu benutzen.

Dem Gedächtnis der Toten.

Die Feier im Reichstag.

Anläßlich des Volkstrauertages fanden im ganzen Reich zahlreiche Gedenkfeiern statt. Im Mittelpunkt aller Feiern stand die vom Volksbund Deutscher Kriegergräberfürsorge veranstaltete Feier im Plenarsitzungssaal des Reichstages in Berlin, an der der Reichspräsident von Hindenburg, Reichskanzler Dr. Brüning, die Minister Dietrich, Dr. Curtius, von Guérard und Treviranus, ferner Staatssekretär Pünder, Geheimrat Kahl sowie hohe Offiziere der Berliner Garnison teilnahmen. Wie in den Vorjahren wies der Sitzungssaal wieder eine schlichte Ausstattung auf. Die Rückwand war mit schwarzem Tuch bekleidet, von silbernen Kränzen und silbernen Kreuzen geschmückt. Davor hatten Abordnungen der Reichswehr und der Studentenschaft in Wichs mit umflorten Fahnen Aufstellung genommen. Das Rednerpult war mit großen Lorbeerkränzen der Reichsregierung und des Reichstages geschmückt. Zwischen beiden lag die Reichskriegsflagge. Die Inschriften der Kränze lauteten: „Die Reichsregierung dem lebenden Geist unserer Toten" und „Der Reichstag den nie vergessenen Söhnen des Volkes".

Reichspräsident von Hindenburg

betrat um 12 Uhr in Begleitung des Reichstagspräsidenten Löbe, des Chefs der Heeresleitung, General von Hammerstein, des Chefs des Admiralstabes, Admiral Raeder, und des früheren Reichswehrministers Dr. Geßler die Loge. Beim Erscheinen des greisen Feldmarschalls erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen.

Nach einleitenden Musik- und Gesangsvorträgen hielt der Schriftführer des Volksbundes Deutsche Kriegergräberfürsorge Dr. Eulen

die Gedenkrede.

Der Redner betonte, wir wollen nicht rechten und streiten über das was uns drückt. Wir wollen wieder glauben an Deutschland. Mahnend steht vor uns das heilige Opfer derer, die im Kriege geblieben, damit Deutschland lebe. Heute solle sich der Entschluß in uns bilden, fester wieder an Deutschland zu glauben. „Nimmer wird das Reich zerstöret, wenn ihr einig seid und treu". Der Volkstrauertag solle nicht nur der Ausdruck der Dankbarkeit sein, sondern auch ein Denkmal deutscher Einigkeit und ein Symbol deutscher Hoffnung. Aus dem Leid sei immer wieder des deutschen Volkes höchste Kraft gewachsen.

Während die Fahnen sich unter Trommelwirbel senkten, ertönten die Klänge des Liedes vom guten Kameraden. Mit dem Deutschlandlied schloß die Gedenkfeier. Vor dem Reichstagsgebäude hatte die Ehrenkompanie Aufstellung genommen, deren Front der Reichspräsident abschritt.

•

Im Konzerthaus Clou

fand eine Gedenkfeier der Vereinigten Vaterländischen Verbände statt, zu der auch der ehemalige Kronprinz erschienen war. In seiner Ansprache mahnte Graf von der Goltz, die Toten des Weltkrieges nicht zu vergessen. Die Gedenkrede hielt Divisionspfarrer a. D. Dr. Schettler. Umrahmt war die Gedenkstunde von musikalischen Darbietungen.

Im Berliner Rathaus

wurde eine Gedenkstunde abgehalten, in der die preußische Landtagsabgeordnete Frau Geheimrat Maria Heßberger der Gefallenen gedachte. Die Feier begann mit dem Chopinschen Trauermarsch und endete mit der Ouvertüre zu „Egmont".

Das Ergebnis der Agrarkonferenz

Abschluß der Pariser Verhandlungen.

Die in Paris abgehaltene zweite Getreidekonferenz ist beendet worden. Dem Vorsitzenden des Europa-Ausschusses wurde der Bericht überreicht, den die Konferenz angenommen hat. In diesem heißt es u. a.:

Die Konferenz hat festgestellt, daß der Absatz der europäischen Getreideüberschüsse nicht ein rein europäisches, sondern ein Weltproblem ist und daß eine vollkommen befriedigende Lösung nur im Einverständnis mit allen Teilen der Welt gefunden werden kann. Nicht nur Europa, sondern die ganze Welt leidet an einer Ueberproduktion von Getreide.

Unter Berücksichtigung dieser Bedingungen hat die Konferenz Vorschläge für eine Besserung der gegenwärtigen europäischen Lage geprüft. Die Konferenz hat sich dann mit geeigneten Maßnahmen zur Erleichterung des

Absatzes der Getreideüberschüsse

beschäftigt und glaubt, daß eine Aenderung der Bedingungen und der Kosten des Transportes Gegenstand einer eingehenden Prüfung durch die Staatsverwaltungen der Transit- und Einfuhrländer bilden müsse.

In Verbindung mit diesen Maßnahmen müßten Maßnahmen bautechnischer Art in bezug auf den Ankauf und Verkauf und die Zahlungsverfahren ergriffen werden.

•

Die Stellungnahme der deutschen Delegation.

Für Deutschland ist von Bedeutung gewesen, daß man das System der Präferenzzölle als Möglichkeit zur Erleichterung des Absatzes des mittel- und osteuropäischen Getreides ernstlich erörtert hat. Das ist besonders wichtig, weil Deutschland durch seine bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien sozusagen die erste praktische Probe für die Durchführungsmöglichkeit der bei der Pariser Erörterung aufgestellten Grundsätze machen wird. Interessant sind auch die Erörterungen hinsichtlich der Organisierung der Märkte, besonders in den getreideverkaufenden Ländern, gewesen. Allgemein gesehen kann man vom deutschen Standpunkt mit dem Ausgang der Verhandlungen zufrieden sein. Der Wert der Konferenz liegt darin, daß die Widerstände gegen die deutscherseits gewünschten Präferenzzölle allmählich weiter abgetragen worden sind.

Neue Bücher.

Die hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

Eine Hausfrau, die nicht gleichgültig dahinlebt, hat mancherlei Gelegenheit, sich über die Gebiete zu orientieren, deren Kenntnis das Leben im Haus und in der Familie schön und angenehm macht. Es handelt sich aber darum, wie es anzufangen ist, den weiten Pflichtenkreis, den nun einmal die Frau hat, zu einem fröhlichen und dankbaren Dienst werden zu lassen. In vielen kleinen und großen Schriften werden Spezialgebiete behandelt, zu deren Studium oft viel Zeit gehört, die die Hausfrau nicht hat. Von unserer Buchhandlung wird nun jetzt **„Das Buch der Frau"** angeboten, lieferbar Ende März, das in seinem ersten Teil in einer Reihe von kurzen Aufsätzen das Leben und die Aufgaben der Frau in Haus, Beruf, Volksgemeinschaft, Wirtschaft und Kultur behandelt. Das Buch kann wirklich ein guter Wegweiser sein.

Ein zweiter Teil enthält den hauswirtschaftlichen Teil, der für die Praxis sehr nützliche Ratschläge gibt. Es ist besonders für den Kreis Bielefeld zusammengestellt. Preis des Buches in Halbleinen 5,50 RM.

Bethel.

— **Christl. Verein junger Männer.** Heute, Montag, 8¼ Uhr Männerchor in „Ephrata".

— **Missionsnähen.** Mittwoch, den 4. März, ¼4 Uhr im großen Hospiz. Schwester Frieda von Bodelschwingh wird von ihrer Reise nach Afrika erzählen. Herzlichst ladet dazu ein L. Trittelvitz.

— Wir bitten, Bestellungen für den 6. 3. nur bis spätestens Mittwoch, den 4. 3., aufgeben zu wollen.

Bäckerei.

— Anläßlich des 100. Geburtsages Vater Bodelschwings am kommenden Freitag, dem 6. März, sind unsere Verkaufsräume geschlossen.

Wir bitten unsere verehrte Kundschaft, die Bestellzettel für Lieferungen, welche Donnerstag durch unser Auto erfolgen sollen, spätestens bis Mittwoch-Mittag uns hereinzureichen, damit eine pünktliche Erledigung gewährleistet werden kann.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Töchterheim
des Diakonissenhauses Kassel
staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Osterflugblatt
Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus", ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtüren und auf Friedhöfen.
Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.
Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß
Bestellungen erbeten an den
Blätterverlag der Anstalt Bethel
Abteilung „Herz und Haus". Postscheck Hannover 7382.

Zwei gesunde
Kinder
evgl., Junge 1 Jahr alt, Mädchen ¾ Jahr alt, sind als Eigen abzugeben.
Jugendamt Osnabrück.

Wissenschaftl. Töchterheim
„Tannenberg"
Bad Sachsa (Südharz)
(vorm. A. Potthoff)
stellt z. 15. April 4—6 Haustöchter ein aus gebildeten Familien zur Erlernung des Haushalts, Handarbeiten, gesellschaftl. und wissenschaftl. Fortbildung, Sport. Beste Pflege. — Zuzahlung von monatl. RM. 80.— Auskunft durch:
Fr. Dr. Schnabel, Bad Sachsa, Ostertalstraße 1—5.

Kinderhaus
Heimgarten
Gegr. 1905
Jugenheim an d. Bergstraße bei Darmstadt.
Ersatz des Elternhauses, vorübergehend oder dauernd. Schule für Schulanfänger und Fortgeschrittene. 15 Kinder.

Kalbfleisch
in bekannter Güte, täglich frisch, amtlich gestempelt:

Hinterkeulen	RM 8.— nur in 9 Pfd.-Pak.	
knochenfreies Gulaschfleisch	9 Pfd. RM 9.50	6 Pfd. RM 6.75
Brust und Rücken	RM 7.50	RM 5.50
Frikassee	RM 7.00	RM 5.00
Haxen	RM 6.50	RM 4.75

einschl. Porto und Verpackg. frei Haus Nachnahme.
H. P. Christophersen, Böklund 5
(Schlesw.-H.)

Lediger praktischer
Gärtner,
46 Jahre, sucht selbständige Dauerstellung zum 1. April. Gewissenhaft, Abstinent, Nichtraucher, erfahren in Obstbaumschnitt und -Pflege, Blumenzucht, Gemüsetr. unter Glas, Zentralheizung, wo christlicher Verein am Ort. Angebote unter A 1296 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Stellengesuche u.-Angebote
haben im
„Aufwärts" großen Erfolg!

Scheibes Bienen-Honig
garantiert rein. Blüten-Schleuder, das **Allerfeinste,** was die Bienen erzeugen, Dose 9 Pfd. Inhalt RM. 10.90, 4½ Pfd. Inhalt RM. 6.40, frei Haus unter Nachnahme. Garant. Zurückn.
Carl Scheibe, Honiggroßhandlung u. Imkerei, Oberneuland. 92 Bez. Br.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen
Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.
Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Wiesbaden Evangelisches Hospiz Oranien, Oranienstr. 53. Zimmer mit und ohne Verpfleg., 5 Min. vom Bahnhof. Mäßige Preise.